

Limburger Anzeiger

Wöchentlich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Gescheinungsweise: täglich (nur Werktag).
Bezugspreis: monatlich 3.50 Mark einschl. Postbestellgeld
oder Briefporto.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonton 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antges,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 50x50mm 5 Millimeterzelle oder deren
Raum 70 Pg. Die 91 mm breite Namenszelle 2.10 Pg.
Anzeigen-Annahme bis 4 Uhr nachmittags des Vorstages.

Nummer 125

Limburg, Freitag, den 4. Juni 1920.

83. Jahrgang

Wahlmündigkeit?

Die Blätter aller Parteien machen leichte Anstrengungen, um höchste Wahlbeteiligung zu erreichen. Der Vorwärts meint, von der Wahlabstimmung sei keine Partei voll betroffen. Man spreche von Wahlmündigkeit. Hierbei läuft es darum mit, daß man in den Wahlversammlungen einen Nachdruck für das Wahlergebnis zu finden sucht. Wenn man weiter zurückkehrt, entsteht man sich, daß bei manchen früheren Sitzungen der Besuch der Versammlungen niedrigstehend bleibt, während das Wahlergebnis sich glänzend gestaltete und daß die Wahlbeteiligung die düsteren Voraussagungen widerstellt.

Die Säuberung der bewaffneten Macht.

Reichswehrminister Geßler hat vor seiner Abreise nach Italien eine Befreiung erlassen, die den Angehörigen der Reichswehr den Beitritt zum Frontbund verbietet. General von Seckendorff war in den letzten Tagen in Westfalen, insbesondere in Paderborn und im Sennelager. Er hat nun dem Reichswehrminister gemeldet, daß die Auflösung der dortigen Formationen, insbesondere der Marinebrigade und des Freikorps befristigenden Fortgang nummeriert. Bei der Auflösung haben sich allerdings wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben; es wird behauptet, daß namentlich die Auflösung durch Erkrankung von Fahnenmeistern erschwert ist. Es ist daraufhin angeordnet worden, daß die nötige Zahl von Fahnenmeistern sofort aus Riel nach dem Sennelager in Westfalen gehegt wird.

42000 Mark Jahreseinkommen für einen französischen Soldaten!

Die Kosten für die französischen Besatzungstruppen, die zu bezahlen haben, waren schon bisher unerschwinglich. Nun ancheinend den französischen Militärdienst, der noch zu hoch genug. Die Gehälter aller französischen Männer und Offiziere in den besetzten Gebieten sind nämlich seidings ganz gewaltig erhöht worden. Die Gehaltsverhältnisse sind jetzt derart, daß ein gemeiner französischer Soldat ein weit höheres Einkommen erzielt als ein deutscher General. Während der deutsche General ein Jahreseinkommen von 38.000 Mark erhält, soll der französische Soldat, bisher jährlich 24.000 Mark bezog, fünftig auf 42.000 Mark im Jahr emporsteigen. Der französische General, der bisher auf 226.000 Mark stand, steigt auf das unterste Einkommen von 342.000 Mark! Man versteht damit die entsprechende deutsche Zivilstellung eines Staatssekretärs, der ein Jahreseinkommen von beiderdeutigen 1000 Mark besitzt.

Entsprechend sind die Gehaltszüge aller übrigen Ranggruppen. Der französische Generalleutnant soll von 168.000 auf 252.000 Mark steigen (das Jahreseinkommen deutscher Generalleutnants 30.000 Mark, eines Brigadiers 30.000 Mark). Der französische Generalmajor steigt auf 106.000 Mark auf 252.000 Mark (der deutsche Generalmajor 25.000 Mark, der Ministerialdirektor 28.000 Mark). Der französische Oberst steigt von 90.000 Mark auf 160.000 Mark (der deutsche Oberst 20.000 Mark, ein Wirklicher Legationsrat 20.000 Mark). Beim französischen Major ergibt sich eine Steigerung von 84.000 Mark auf 162.000 Mark (der deutsche Major 16.200 Mark, ein Oberregierungsrat 16.500 Mark).

Der französische Hauptmann kommt von 33.000 Mark auf 52.000 Mark, der deutsche Hauptmann 11.100 Mark, Major 11.100 Mark). Der französische Unteroffizier, der bisher schon mit seinem 39.600 Mark mehr bezog, ein deutscher Staatssekretär, steigt jetzt auf nicht weniger als 3000 Mark. In der deutschen Reichswehr besitzt ein Unteroffizier 5200 Mark jährlich, während die entsprechende Zivilstellung eines Amtsgehilfen mit dem gleichen Gehaltsgehalt besetzt wird.

Man beachte dabei, daß die Jahresbezüge der Kommissionsmitglieder lediglich Verpflegungsgelder darstellen, und daß die Kommissionsmitglieder außerdem noch Quartier und Betrieb empfangen. Das Quartier z. B. für General Rötel kann kostet uns jährlich etwa 144.000 Mark, für Zimmerung Hotel Kaiserhof. So müssen wir lediglich für Hotelunterkunft der Kommissionsmitglieder nur in Berlin jährlich 14. Millionen Mark zahlen. Da wundert man sich, daß Deutschland trotz aller Arbeit immer weiter in Armut und Verfall geht.

Es gibt keinen Rechtsweg gegen die behördliche Wohnungseigentagsnahme.

Berlin, 1. Juni. (WDB) Die wiederholte aufgetretene Frage, ob auf Grund der Wohnungsmangelverordnung die von den Gemeindebehörden ergriffenen Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels (Wohnungsseigentagsnahme und Wohnungseigentagsnahme) durch Anwesenheit ordentlichen Gerichts angefochten werden könnten, ist nunmehr von einem Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz gekommen durch ein am 29. Mai in Sachen der Wohnungseigentagsnahme in Northeim (Hannover) ergangenes Urteil. Es ist entschieden worden, daß der Rechtsweg für ungültig erklärt wird. Damit ist auch in dieser Richtung bezüglich der Wohnungseigentagsnahme Klarheit geschaffen worden.

Wählt

biste Scheidemann!

Verbrechen der polnischen Justiz in Danzig.

Danzig, 1. Juni. (WDB) Der Oberkommissar für Danzig, Sir Reginald Tower, begab sich in der vorigen Woche nach Preußisch-Stargard (Pommern), um in dem geheimnisvollen Halle des verhafteten Dr. Wagner-Danzig beim dortigen Gericht einen Einblick zu gewinnen. Dem Oberkommissar wurde eine Unterredung mit Wagner von dem die Untersuchung führenden Oberkommissar nicht bewilligt. Dem für Wagner bestellten Verteidiger war weder der Einblick in die Akten noch eine Befreitung mit Wagner gestattet worden. Die Verhandlung gegen Wagner sollte in ungezogenen Tagen in Preußisch-Stargard stattfinden. Nun stellt sich, wie die "Danziger Brücke" erfährt, heraus, daß Wagner aus Preußisch-Stargard weggebracht wurde. Seine Frau sowohl wie ein Verteidiger wurde jede Auskunft über seinen Aufenthaltsort verweigert. Der Fall Wagner ist nur einer von vielen, aber er ist besonders bezeichnend. In Danzig: Keinen einzigen Fall so, daß Verhalten der polnischen Militär- und Justizbehörden als eine so schwere Verleumdung der internationalen Bräuche wie als einen so unerhörten Willkür ist, daß das Verlangen nach Entschuldigung des Obersten Rates kommt und, nachdem die Intervention des internationalen Soldatenkommissars in eindrücklicher Form zurückgewiesen wurde.

Französische Urteile gegen deutsche Offiziere.

Paris, 1. Juni. (WDB) Havas meldet aus Lille: Die Kriegsgerichte erhielten Befehl, ein Strafverfahren gegen etwa 500 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Misshandlungen sowie Diebstahl und Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeklagten werden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich auch General Sirt von Arnim und Oberst Blumenthal befinden.

Lüttwitz aufgefunden?

Berlin, 1. Juni. (WDB) Der Volkswillen in Gleiwitz meldet, General v. Lüttwitz habe sich seit elf Tagen in Uchthaus, Kreis Rosenberg, bei Freiherrn v. Scherr-Thoss auf.

Eine bolschewistische Bedrohung?

In der Kreuzzeitung wird die Möglichkeit besprochen, daß die Bolschewiki Polen niederschlagen und dann Deutschland bedrohen. Um auswärtigen Ausdruck der britisches Landtages habe der Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung etwas authentisches nicht wisse, hingegen die Frage eines bolschewistischen Angriffes mit einem Optimismus betrachte, die die britische Regierung nicht teile. Man tue in Deutschland jedenfalls gut, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bolschewiki vordringen um, an der Hoffnung und Absicht in russischen und in deutschen Kommunistentreffen sei nicht zu zweifeln, daß die Verbindung eines russischen Angriffes und deutscher Pusche etwa im Niedersachsen oder in Mitteldeutschland ein Sieg des Bolschewismus Ost und Mitteldeutschland endgültig herbeiführe. Bis jetzt sei aber kein Anlaß zur Nervosität und von wirklich großen Erfolgen der Sowjetarmee sei keine Rede.

Bayerische Kanalbaupläne.

München, 2. Juni. (WDB) In der Sitzung des Finanzausschusses wurde die Regierungsvorlage angenommen, wonach der zur Fortführung der Mainanaliertung genehmigte Kredit von 75 Millionen auf die Vorarbeiten einer Großschiffahrtsstraße von Wernfeld bis Nürnberg, den Ausbau der Donau von Röhlheim bis Regensburg und von Passau bis zur Reichsgrenze einschließlich der Wasserstraßen ausgeweitet wird. Ebenso wurde ein Antrag des BDP (Bayerische Volkspartei) angenommen, drei Millionen Mark für Propaganda zu verwenden.

Ein Konflikt zwischen Österreich und Ungarn?

Wien, 31. Mai. (WDB) Staatskanzler Renner hat in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Neuländer heute vormittag der ungarischen Gesandten zu sich gebeten und ihm eröffnet: Der Staatsregierung der Republik Österreich liegen zuverlässige Nachrichten vor, daß in Egerzog, in der Nähe der östlichen Grenze Deutsch-Ostreichs, eine Formation von ungefähr 1000 Öffizieren österreichischer Staatsbürgerschaft organisiert ist, die gegebenenfalls mit bewaffneten Hand in Österreich eingreifen beabsichtigt. Die österreichische Regierung ist darüber informiert, daß für diese Formation

von der ungarischen Regierung ein Betrag von 10 Millionen Kronen ausgeworfen worden ist. Charakteristisch für das in dieser Sache beobachtete Verhalten der ungarischen Behörden ist auch der Umstand, daß Grenzorgane in Sauerbrunn (Savannen) Formulare, durch die der Grenzübergang ermöglicht bzw. gesperrt werden soll, den Anwerber in Wien zur Verfügung stellen. Die österreichische Regierung erwartet eingehende Aufschlüsse über die Vorgänge, die geeignet sind, eine höchst bedauerliche Trübung der Beziehungen der beiden Nachbarstaaten herbeizuführen.

Die Entente hängt Österreich den Prostofor hoch

Wien, 1. Juni. (WDB) Die Reichspost meldet: Die Entente erhob gegen die Erhöhung der Kopfbrotmenge in Österreich Vorstellungen, da diese Maßregel von ihrem guten Willen abhängt, sie aber nicht bestraft worden sei, zumal auch die Weltverfassung mit Vorsicht eine solche Erhöhung nicht begünstige.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 4. Juni 1920.

(—) Freitagabend. Die große Prozession am gestrigen höchsten katholischen Feiertag konnte sich dank der günstigen Witterung glanzvoll entfalten und durch die prächtig geschmückten Straßen der Stadt bewegen. Den Altar-gottesdienst mit dem Allerheiligsten verließ der Hochw. Herr Bischof Dr. Kisan. Sehr wirkungsvoll kam der Gefang des Domhofs in der großen Festzumme unter Leitung des Diakonus Heinrich Kaplan Papst und unter Begleitung des Dechanten zur Aktion.

(—) Besitzwechsel. Der Hausbesitz der Witwe Albert Henninger, Holsheimerstraße hier, in welchem bis vor Kurzem die jetzt aufgegebene Bäckerei betrieben wurde, ging durch Verkauf in den Besitz des Raiffeisen-Genossenschaftsverbandes für die Kaufsumme von 65.000 Mark über.

(—) Ein gefährlicher Schädling. Herr Stredzki schreibt uns: In den Gärten der Au ist seit einigen Tagen der gefürchtete Stachelbeereinstau in überaus heftiger Form aufgetreten. Da im vorliegenden Fall kein Bezug von Stachelbeerpflanzen von auswärts stattgefunden hat, die verneigten Pflanzen bisher gesund waren, so ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Pilzsporen durch das Hochwasser mit Pflanzenteilen aus verneigten Bäumen angeschwemmt wurden. Die Besitzer der Gärten in der Au tun gut, ihre sämtlichen Stachelbeerbüsche von unten aufzuhaben und zu revidieren, die seuchbefallenen Städte sind sofort abzuwenden zum Kochen. Die Städte sind bei weiteren Auftreten des Pilzes zu verbrennen. Es liegt im allgemeinen Interesse jeden Gartenbesitzers, die jetzt befallenen Fruchtzweige im Schaukasten von Herrn Reutz, Grabenstraße, ausgestellt, zu besichtigen, zur Warnung vor der großen Gefahr, die durch die Verneigung der ganzen Bemerkung droht.

(—) Abgabe von russischen Kriegsgefangenen für landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiten. Auf Grund einer Anweisung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hat das Verfahren der Zuweisung von Russen aus dem Kriegsgefangenenlager in Niederschlesien eine Änderung erfahren. Die Abgabe erfolgt noch nach erfolgter Genehmigung des Landesamtes für Arbeitsnachweis in Hessen, Hessen-Nassau und Württemberg und zwar zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die auch für deutsche Arbeiter Geltung haben. Alle Anträge sind ausschließlich auf den vorgeschriebenen Formularen an das Landesamt für Arbeitsnachweis in Frankfurt a. Main, Große Friedbergerstraße 28 zu richten. Die erforderlichen Vordrucke nebst einem Merkblatt, das die näheren Bedingungen enthält, können kostenlos bei der genannten Stelle sowie bei sämtlichen öffentlichen Arbeitsausweise entnommen werden. Eine Genehmigung zur Beschäftigung von russischen Gefangenen kann durch das Landratsamt für Arbeitsnachweis nur erteilt werden, falls keine deutschen Arbeiter beschafft werden können. Es empfiehlt sich demnach, zunächst bei dem zuständigen Arbeitsnachweis zu verlauten, deutsche Arbeiter zu erhalten.

(—) Aus dem Wahlkampf. Am Samstag nachmittag ein halb 5 Uhr veranstaltet die sozialdemokratische Partei auf dem Neumarkt eine öffentliche Volksversammlung, in der Eisenbahnnassen Martin, ein Kandidat der sozialdemokratischen Liste, über das Thema sprechen wird: Was braucht die Nationalversammlung den Beamten, Arbeitern, Gewerbetreibenden usw. Was muß der Reichstag bringen?

(—) Verhaftet wurde vorgestern der ehemalige Gärtnerei Alois G. von hier, der in Gemeinschaft mit einem Kaufmann R. aus Offenbach und einem gewissen E. aus Dohren bei einem Einbruch in ein Wiesbadener Warenhaus für 300.000 Mark Seidenwaren stahl, auf einem Lastkraftwagen nach Offenbach entführte und dort zu verkaufen suchte, wobei man dem ungewöhnlich frechen Diebstahl, der fast am helllichten Tage geübt, auf die Sprün kam.

Deutsche Katholiken!

In den Pfingstfeiertagen hat sich die

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Katholiken

gebildet. Fest auf dem Boden der katholischen Kirche stehend, empfiehlt sie **Allen**, die Stimme der

Deutsch-nationalen Volkspartei

zu geben.

11/125

Berlin, den 29. Mai 1920.

Nationale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Katholiken.

Der Wahlauschuss:

Georg Lossau, Dr. Pritze, A. Fehringen, Hans Berthold (Herausgeber der Wochenschrift "Mein Glaube"), Alfred Marchand.

Anschlusserklärungen sollen an Herrn Alfred Fehringen, Berlin W 30, Frankenstr. 16, gerichtet werden.

Wählt

19/124

biste Scheidemann!

Niederbrechen, 1. Juni. Am Sonntag fand hier eine Versammlung der ehem. Kriegsgefangenen des gesoldnen Gründes und der Umgegend statt, in welcher zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen eine Ortsgruppe der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener gegründet wurde. Die Geschäftsstelle befindet sich in Niederbrechen. Zum Vorsitzenden wurde Alfons Jung in Niederbrechen gewählt. Die Ortsgruppe hat die Zahl von 50 Mitgliedern überschritten aus den Ortsgruppen Nieder- und Oberbrechen, Eisenbach, Dauborn, Werbach und Neesbach. Es liegt nun auch im Interesse der Kriegsgefangenen, der übrigen Umgebung, daß sie sich dieser Ortsgruppe anschließen.

Eingesandt.

Zur Klärstellung.

Die „Demokratische Partei“ veröffentlicht in allen besuchten Zeitungen einen großen Aufsatz, betitelt: „An die Bauernschaften!“, worin sie in leichter Stunde verjuagt, ihr Verhalten uns gegenüber zu bemängeln und sich von dem Vorwurf reingewaschen, daß die Demokratische Partei über den Kopf der Bauernschaften hinweg ihre landwirtschaftlichen Kandidaten aufgestellt hat, ohne das von uns geforderte Vorstoss- und Mitbestimmungsrecht unserer Bauernschaftsorganisation abzuwarten. Diese Verständnislosigkeit könnte uns eigentlich salt lassen, da wir sie nach den immer wieder gemachten Erfahrungen bei den Verhandlungen mit der Parteileitung und ihren landwirtschaftlichen Vertretern nicht mehr anders erwartet hatten. Was uns zu dem Versuch ermutigte, auch mit der D. P. in Verhandlungen über unsere Forderungen einzutreten, war das Entgegenkommen einzelner Mitglieder der D. P., die sich aber mit ihrem Standpunkt, wie sich später herausgestellt hat, leider nicht durchsetzen konnten.

Zum Beweise dafür, daß die Behauptung der D. P., wonach die Parteitung der D. P. von uns nicht rechtzeitig benachrichtigt sei will und sonst bereit gewesen wäre, uns das Mitbestimmungsrecht bei der Aufstellung ihrer landwirtschaftlichen Kandidaten einzuräumen, falsch ist, wollen wir die Briefe und Protokolle in ihren Daten und diesbezüglichen Säßen hier zur Beurteilung unserer Mitglieder folgen.

Am 13. Februar d. J. wurde durch unsere Wahlkommission die D. P. durch die unseres Obmann am nächsten liegende Hanauer Parteistelle der D. P. von unseren Forderungen schriftlich im Reimnis gezeigt, mit der Bitte, uns kompetente Vertreter der D. P. als Unterhändler zu entenden. Es entspann sich ein gegenseitiger fruchtbarer Briefwechsel bis zum März d. J. In der anscheinend von der Hanauer Stelle nicht weitergeleitet worden ist, woran uns aber natürlich keine Schuld beigemessen werden kann. Darauf wandten wir uns am 15. April d. J. direkt an die uns inzwischen veranlagtgewordene Adresse der Frankfurter Zentralparteileitung der D. P. und baten, unter Erwähnung des vorgenannten Schriftwechsels, um direkte Entsendung eines bevollmächtigten Unterhändlers nach Gießen, wobei wir besonders darauf aufmerksam machten, daß wir eine weiterte Verschleppung der Angelegenheit nicht dulden würden.

Nah der Zentralleitung unsere Forderung, das Vorstoss- und Mitbestimmungsrecht bedarf er Aufstellung der landwirtschaftlichen Kandidaten auszuüben, bekannt war, und sie diesem berechtigten Wunsche nicht nachkommen wollte, geht wohl am besten aus dem Antwortschreiben der Zentralstelle der D. P. in Frankfurt a. Main vom 1. Mai d. J. hervor, worin es u. a. wörtlich heißt:

„dort dagegen als selbstverständlich gelten, daß bei der Aufstellung des Landwirts, den wir an absolut höchste Stelle gesetzt haben, die Parteileitung freie Hand haben müsse.“ Das heißt in füre Deutlich übersetzt: „Die Aufstellung der landwirtschaftlichen Kandidaten der D. P. ist mir Sache der Partei und die Bauernschaft hat dabei nichts mitzuwirken. Bestätigt wurde dieser unzählig Stanzpunkt der demokratischen Parteizentrale durch ein zweites Schreiben, welches ebenfalls vom 1. Mai d. J. (ein recht produktiver Tag) an uns abgesandt wurde und worin es heißt: „daß die Partei sich durch eine außerhalb ihrer politischen Organisation stehende Interessenvertretung (damit ist die Bauernschaft gemeint) ihre Kandidaten nicht vorschlagen lassen kann. Außerdem erklärte uns bei den entstehenden mündlichen Verhandlungen, die am 4. Mai in Gießen stattfanden, der Vertreter der D. P. laut Protokoll nochmals ausdrücklich, daß er in keiner Partei an diesem Standpunkt, wonach die Aufstellung der landwirtschaftlichen Kandidaten nur Parteiisch sei, festhalten müsse.“

Am 22. Mai fand gelegentlich unseres großen Bauernabendes in Kassel ein zufälliges Zusammentreffen der drei für Kurhessen in Betracht kommenden Organisationen: Bezirkserband der Bauernschaft Kurhessens, BUND der Landwirte in Hessen-Kassel und Deutscher Bauernbund (Abt. Kurhessen) statt. Herr Landwirt Rudolf aus Hessen a. d. Werra als Führer und Begründer des „Deutschen Bauernbundes“ in Kassel, erklärte uns auf Beifragen in einem Kreise von zirka 100 Landwirten öffentlich, daß er mit seinen Freunden und Mitgliedern mit der D. P. und der Kandidatur Trieschmann nichts gemeinsam habe, denn das Bündnis der Zentralleitung des Deutschen Bauernbundes in Berlin mit der D. P. sei gegen den Willen und über den Kopf der Kurhessischen Bauernbundesmitglieder seinerzeit in Berlin erfolgt. Infolgedessen, so erklärte der Bauernbundsführer weiter, trete er mit seinen Freunden diesmal für die „Deutsche Volkspartei“ ein und legte zum Beweise ein von ihm verfasstes und verbreitetes Flugblatt mit dieser Ausforderung vor. Den meisten der Anwesenden kam diese Erklärung ganz überraschend, man gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr der alte Streit zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen begradigt sein wird, wenn jeder dem anderen entgegengekommen trachte.

So steht nun die Demokratische Partei mit ihrer Kandidatur Trieschmann infolge ihrer Kurzichtigkeit auf weiter Fähr allein da. Die Person Trieschmann soll von uns unangetastet bleiben, denn wir werden in ihm stets den Berufsvorlagen achten, solange er nicht Uneinigkeit in unseren Reihen hervorruft.

16(125) Bezirksverband der Bauernschaft Kurhessen.

Eingesandt.

Bauernschaften und Deutsche demokratische Partei
Der Wahlausschuß der Bauernschaft erklärte, daß die Deutsche demokratische Partei das Programm der Bauernschaft nicht völlig anerkannt habe. Dieses ist unwahr. Wahrs ist, daß die Deutsche demokratische Partei das Programm restlos anerkannt hat. Unwahr ist, daß der Kreisverein Rothenburg den Kandidaten Trieschmann abgelehnt hat. Wahrs ist, daß die drei rechtsstehenden Vorstandsmitglieder Ursprung, Höwiesner und Cornelius ohne den Gesamtvorstand (zu dem auch Trieschmann gehört), viel weniger den Kreisverein Rothenburg zu befragen, Stellung gegen Trieschmann nahmen und so ein völlig falsches Bild zu der Kasseler Tagung brachten. Wir appellieren an die Neutralität der

Bauernschaften und warnen vor einer einseitig rechts gerichteten Politik, die den Untergang der mittleren und kleineren Landwirtschaft bedeutet. Landwirte denkt zurück an jene Zeiten, in denen ihr denen Kondienste kosten mußten, die heute versuchen, euch vor Ihren Parteikarren zu spannen, und auch durch Ihre Opposition zur Obrigkeit verurteilen wollen. Es treten ein für die Kandidatur Trieschmann: Landwirt Schuster, Kubach, Landwirt Südlath, Baumbach, Landwirt Vorster, Dreh, Käpferath, Landwirt Konrad Gerhardt, Sterkelshausen, Landwirt Heinrich Leimbach, Rodensäß, St. Rothenburg, Landwirt Chr. Ludw. Lieber Neesbach, Am Rennen vieler anderer.

Amthlicher Teil (Nr. 125 vom 4. Juni 1920.)

Terminkalender.

Es ist Klage geführt worden, daß bereits heute am 1. Juni von einer Gemeindebehörde die Ausstellung eines Wahldeines abgelehnt worden ist, weil das zweite Stück der Wählerliste schon an den Wahlvorsteher ausgegeben sei. Ein solches Verfahren ist ungültig. Die Gemeindebehörden sind sofort erneut darauf hinzuweisen, daß die Ausgabe der Wählerlisten an die Wahlvorsteher soweit als irgend möglich, hinausgeschoben werden muß.

Regierungspräsident.

Wird den Magistraten der Städte und den Herren Bürgermeistern des Kreises zur Kenntnis und Beachtung mitgeteilt.

Limburg, den 4. Juni 1920.

Der Landrat.

Israelitischer Gottesdienst.
Freitag abend 8 Uhr, Samstag morgen 8 Uhr, Samstag nachmittag 3,30 Uhr, Sabbat Ausgang 9,30 Uhr.

Dreschmaschine,

fahrbar, mit Röllschüttler, 1900 mm lang, mit Sottertrommel und Zubehör, Fabr. „Minerva“, gebraucht jedoch sehr gut erhalten evtl. mit

fahrb. Lokomobile

äußerst preiswert zu verkaufen

Karl Haardt, Dillenburg Telefon 247.

Besichtigung Lagerplatz Dillenburg erwünscht.

Handwerker
Gewerbetreibende
erhalten Auskunft, Rat und Hilfe
in allen Angelegenheiten:
Wirtschaftsprüfung
Rohstoffbeschaffung
Fachliche Beratung
Steuerberatung
Rechtsberatung
Technisches Rat
Forderungen
Buchführung
durch die Geschäftsstelle
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe
Limburg a. d. Lahn
im Bahnhof Tel. 302

Gebrauchter, guterhaltener

Gleichstrom-Motor,

5 bis 10 PS. 440 Volt, zu laufen gesucht.

Albert Rauth, Bad Ems

Telefon 29.

Junges
Dienstmädchen
sofort gejucht
Untere Graben
Mittel schwere
Walla
ein- und doppelt
fehlerfrei steht zu verkaufen
Karl Bruchhäus
Staffel b. Lim
Schöne, starke Zell
pflanzen Freiland
feste, empfiehlt billig
10.125 M. Tuhl, Lim
Weitersteine

Piassavabesen, Reiserbesen
Kokosbesen, Rosshaarbesen
Handsäger, Kokosmatten,
prima Scheuerläufer Fenster
leder, Schwämme, Raffiabas
sowie sämll. Bürsten waren
in prima Friedenequalität, billig

7(121) J. Schupp, Seilerei
en gros Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 1

Landwirte!

treten am 6. Juni geschlossen ein, für die Liste der

Deutschen Volkspartei

auf der an zweiter Stelle der

Landwirt Karl Hepp aus Seelbach

der Vorsitzende der Bezirksbauernschaft Nassau, steht. Er ist der geeignete Mann Interessen der hiesigen Landwirtschaft wahrzunehmen.

Darum treten ein für die Liste

Rießler-Hepp.

Alwin Hepp, Dauborn, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Limburg.

Adam Reccius, Höchst.

Höchst.

Heinrich Müller, Rotherhof.

Unterlahn.

Bürgermeister Guckes, Breithard.

Vorsitzender der Kreisbauernschaft Untertau.

August Konradi, Michelbach, Vorsitzender der Bauernschaft.

August Enders, Beuerbach.

" "

Karl Stolz, Hausen ü. A.

" "

Karl Müller, Unterleiderbach.

" "

Karl Krieger, Dörsheim.

" "

Wilhelm Reitz, Lohrheim.

" "

Karl Wolf, Burgschwalbach.

" "

Bürgermeister Alberti, Limbach.

" "

Birk, Hausen ü. A.

Enders, Hennethal.

Knoll, Bechtheim.

Müller, Vanrod.

Thielmann, Flacht.

Meyer, Berndroth.

Weber, Burgschwalbach.

Ludwig Egert, Bürgermeister a. D., Daisbach.

Philipp Hasselbach, Kreistagsabgeordneter, Dörsdorf.

Landwirt August Eller, Niederneisen.

Chr. Lenz, Heringen.

Arnold Knapp, Dauborn.

Georg Ferdinand Knapp, Dauborn.

Karl Nicodemus, Neesbach.

Wählt Liste
Rießer-Hepp-Seibert!

Jede Woche
wird Leinen, Betttücher,
Bezüge und dergl.
in schönen hellen Farben gefärbt.
Färberei Bender, Limburg (Lahn)
21/116 Annahmestelle Neumarkt, Telefon 88.

Wählt Liste
Rießer-Hepp-Seibert!

Landwirte

schließt Lieferungsverträge für Speisekartoffeln aus der Herbst-Kartoffeleinte 1920

nur mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ab. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden und Kreis Wehlau sind zum Abschluß der Lieferungsverträge nach der Verordnung vom 21. Mai 1920 von den Genossenschaften nur berechtigt die

Landwirtschaftliche
Zentralgenossenschaft
E. G. m. b. H.
Wiesbaden.

Wir empfehlen dringend, dieser Aufforderung nachzukommen und ohne Ausnahme die Verträge zum Abschluß zu bringen, da nur dann Aussicht besteht, daß auch die Zwangswirtschaft auf den übrigen Gebieten entsprechend abgebaut wird.

Bezirks-Bauernschaft Limburg, für Nassau und den Kreis Wehlau.

An die Bauernschaften!

Die Deutsche Demokratische Partei erklärt:

1. daß sie das Kultur- und Wirtschaftsprogramm der Bauernschaften anerkannt hat. (Schreiben der demokratischen Partei vom 20. April 1920);
2. daß die Wahlkommission der Bauernschaften ihr keine Mitteilung davon gemacht hat, daß die Bauernschaften mit den Parteien über die Aufstellung der Kandidaten verhandeln wollten (Schreiben der Wahlkommission vom 15. April 1920). Die Partei wäre zu solchen Verhandlungen ohne weiteres bereit gewesen;
3. daß der Wahlkommission durch die Demokratische Partei bekannt gegeben war, daß die Partei am 25. April in Marburg ihre Kandidaten benennen würde. Die Wahlkommission hat dagegen keinen Widerspruch erhoben;
4. daß erst am 28. April, also nach der Aufstellung der Kandidaten die Einladung zu der Gießener Tagung an die Partei erging. (Schreiben vom 28. April 1920);
5. daß nie ein Flugblatt von ihr herausgegeben worden ist, in dem zum Austritt aus den Bauernschaften und zum Eintritt in den Bauernbund aufgefordert wurde;

Bauernschaft und Bauernbund sind keine Gegensätze.

6. Die Demokratische Partei betont die Neutralität der Bauernschaften und erblickt in der einseitigen Stellungnahme gegen den Kandidaten Trieschmann einen Versuch einzelner Führer der Bauernschaften die Neutralität zu durchbrechen.

Es ist unwahr, daß der Kreisverein Rothenburg der Bauernschaften den Kandidaten Trieschmann abgelehnt hat.

Wahr ist, daß die drei Vorstandsmitglieder des Kreisvereins Rothenburg der Landwirt Ursprung, Howiesener und Gorzelius, ohne den Gesamtvorstand (zudem auch Trieschmann gehört), viel weniger dem Kreisverein Rothenburg zu befragen, Stellung gegen Trieschmann nahmen, und so ein völlig falsches Bild zu der Casseler Tagung brachten.

Direkt irreführend wirken die Worte des Vertreters von Rothenburg wenn er sagt: er habe gehofft, Herrn Trieschmann für die Bauernschaft zu gewinnen, dies sei ihm aber nicht gelungen.

Trieschmann ist nicht nur Mitglied, sondern Kreisvorstandsmitglied der Bauernschaft. Dieses beweist, daß ein großer Teil der Landwirte für ihn eintritt, und daß es nur eine heile der rechtsstehenden Vorstandsmitglieder ist, die die Bauernschaftsbewegung in's Fahrwasser der Rechtsparteien herüberziehen wollen um so die mittleren und kleineren Landwirte dem Untergang entgegenzuführen.

Die Demokratische Partei appelliert an die politische Einsicht der Bauernschaften, die am besten wissen, daß sie ihre eigenen Interessen schädigen würden, wenn sie den Führern der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei folgten.

Die Bauernschaft steht am Scheideweg!

Ablehnung Trieschmann heißt: Abmarsch nach Rechts! Abmarsch nach Rechts heißt! Aufgabe der Neutralität: Aufgabe der Neutralität heißt: Anhänger des Bundes der Landwirte!

Der Bund der Landwirte ist der Schädiger jeder Bauernpolitik!

Die Deutsche Demokratische Partei.

Wählt Liste

Rießer-Hepp-Seibert!

Ringofen etc.

auf Abruch sofort zu verkaufen.

Angebote unter 2/125 an die Geschäftsstelle v. Bl.

8/125 Nic. Hohn.

Wählt Liste

Rießer-Hepp-Seibert!

Landwirtschaftliche
Zentral-Darlehnskasse
für Deutschland,
Filiale Frankfurt a. M.

Gustav Adolfs-Fest

des Hauptvereins Wiesbaden

am 8. und 9. Juni 1920

zu dem die Mitglieder der evangelischen Gemeinde eingeladen werden.

Dienstag den 8. Juni, abends 8 Uhr: Familienabend im Evangelischen Gemeindehause: Begrüßungen, Ansprachen, Gesangsvorträge des Cäciliervereins und des Kirchenchores

Mittwoch den 9. Juni, vorm 9½ Uhr: Versammlung im Hofe des Gemeindehauses (Obere Schiede) und Zug in die Kirche

Zugordnung: Musikchor, Schüler der Volksschule Schülerinnen der höheren Töchterschule, Gymnasiasten, die Konfirmierten der drei letzten Jahre, Kirchenchor, Jünglingsverein, Geistlichkeit. Mitglieder des Hauptvereins und der auswärtigen Hauptvereine, Deputierte, der Zweigvereine, Kirchenvorstand und Gemeindevertretung, Cäcilienverein, Festgäste, Gemeindemitglieder.

10 Uhr Gottesdienst (Pfarrer Beckmann aus Wiesbaden) unter Mitwirkung des Kirchenchores und der Musikkapelle.

14/125

Der Kirchenvorstand.

ACHTUNG

RADFAHRER AUTOMOBILISTEN

keine Luftpumpe mehr nötig

PNEUMACIT

dichtet selbsttätig. Bestes Mittel um alte poröse Luftsäcke wieder gebrauchsfähig zu machen.

LUFTSCHLÄUCHE

deutsche und ausl. Ware, prima Qualität zum Preise von Mk. 45.— u. 50.—

FAHRRÄDER

mit tadelloser Bereifung, neu: von Mk. 1800.— an, gebraucht: von Mk. 450.— an

NÄHMASCHINEN

vor- u. rückwärts nähend zum Sticken u. Stopfen eingerichtet
neu: von Mk. 1200.— an
gebr.: von Mk. 300.— an

Fahrzeug-Industrie Limburg.

8/125 Nic. Hohn.

Wählt Liste

Rießer-Hepp-Seibert!

Wen wählen wir?

Gelüstet Dich nach neuem Krieg.
So wähle die Liste Helfferich!

Willst Du hungern und darben für wen'ge Genießer,
So wähle den Geldsackathleten Rießer!

Soll Dummheit Licht und Leben verjagen,
Das Volk sich in kirchlichem Hader zerschlagen,
Ist Dir die Religion eine Hatz,
So wähle die Zentrumsliste Schwarz!

Grosse Worte, halbe Taten
Bieten Dir die Demokraten,
Mischmasch, weder Ochs noch Bücking
Ist die ganze Liste Schücking.

Fade, abgedroschne Phrasen,
Krach und Streit auf allen Straßen,
Keine Rettung, kein Gelingen
Kann die Liste Dößmann bringen!

Willst Du, daß in ruh'gen Bahnen
Unter stolzen Freiheitsfahnen
Unser Volk zum Leben strebt,
Friedlich innen, friedlich außen,
Stolz der Neubau sich erhebt?
Gleiche Rechte, gleiche Pflichten
Druck und Sklaverei vernichten,
Unser Volk in Freiheit lebt?

Gönnt Du Bildung Deiner Jugend,
Treu und Fleiß und jede Tugend,
Daß sie Kraft und Mut durchbebt?
Willst Du so die Zukunft schauen
Musst Du mit am Volksstaat bauen!
Reicht den Baustein, Frau und Mann:

16/125

Wählt die Liste Scheidemann!

Deutsche Männer und Frauen!

Immer näher rückt der Tag, an dem es gilt, zu entscheiden, ob Deutschland eine Regierung sich schafft, die Willen und Fähigkeit zum Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft besitzt, oder ob es ratungslos dem Verderben zutreibt. Die Deutschnationale Volkspartei will die Wiederbelebung der Arbeit, umfassende Förderung der Produktion, vor allem von Brot und Kohle; nach gemäße Pflege der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk; Schutz jeder ehrlichen Tantierung, aller geistigen und körperlichen Arbeit; Schutz des schwer bedrängten Mittelstandes, einschließlich des Beamteniums und der freien Berufe vor Verelendung. Deshalb verlangt sie schleunige Aufhebung der Zwangswirtschaft, die in Stadt und Land die Landwirtschaft und das ehrliche Gewerbe bedrückt und dem Wucher und Schiebertum Tür und Tor öffnet. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft muß Hand in Hand gehen, der Abbau der Kriegsgesellschaften und die Freigabe der Waren und Rohstoffe für das Handwerk und den legitimen Handel.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die die Vorbedingung für das Bestehen unseres Vaterlandes ist, die volle Würdigung der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft schenkt, wie in einer Wirtschaftskammer des landwirtschaftlichen Berufsstandes, in der Groß- und Kleinsteselz Arbeitgeber und Arbeitnehmer nebeneinander arbeiten. Wir fordern zur Vermehrung der ländlichen Bevölkerung die Betreibung des Siedlungswesens; eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz ist unser Ziel. Die Staatsdomänen sind zur Einrichtung von Musterwirtschaften bereitzustellen. Die Herstellung eines gemeinsamen Interesses an der Produktion für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bietet die Gewähr, daß beide Teile sich als Glieder eines und derselben Wirtschaftszweiges miteinander verwachsen führen.

Die Deutschnationale Volkspartei hält grundsätzlich am Privat-Eigentum fest. Sie verwirft unbedingt die Sozialisierung des Bodens in jeder Form als unwirtschaftlich und dem individuellen Charakter des landwirtschaftlichen Betriebes zuwiderlaufend.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert einen alsbaldigen Abbau der Zwangswirtschaft, um die Kräfte des deutschen Volkes zu neuem Erfolgsstreben zu beleben und um Ehrlichkeit im Handel und Wandel wiederherzustellen.

Wir wollen wieder ein ehrliches Volk werden!

Darum unterstützt die Deutschnationale Volkspartei!

Wählt die Liste Helfferich-Lind-Hartwig-Christian

Auf vielfache Anfragen teilen wir mit, daß Anmeldungen im Geschäftszimmer, Obere Grabenstraße 12 II, woselbst auch Stimmzettel für die Wahl zu haben sind, entgegengenommen werden. (Fernruf 180).

15.125

Deutschnationale Volkspartei.